



Newsletter

März 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl hat Deutschland endlich eine neue Regierung – lang erwartet nicht nur von uns, sondern auch von Europa. Denn nachdem Emmanuel Macron schon vor einiger Zeit ambitionierte Pläne für die Zukunft der EU präsentiert hat und wir im Straßburger Plenum diese reihum mit Regierungschefs der Mitgliedstaaten diskutieren, war klar, dass eine starke deutsch-französische Achse entscheidend für die Umsetzung von Reformen sein würde. Folgerichtig führte auch die erste Reise unseren neuen Außenminister Maas nach Paris und Merkel traf sich gleich nach erneuter Wahl zur Kanzlerin mit Macron – der übrigens im April ins Straßburger Plenum kommen wird. Wichtige Entscheidungen für mich: wir haben die endgültige Zusage der Stadt Brüssel bekommen und werden die Plastik-Ausstellung der G7 im April vorm Europaparlament für 10 Tage präsentieren können, begleitet von hochrangigen Konferenzen (u.a. wird der Produzent von „Blue Planet“ da sein), Events mit Schulklassen und Jugendlichen, alles gemeinsam mit der Kommission, die auch Gelder bewilligt hat. Und dann wurde ich erneut zur Berichterstatterin eines Gesetzes ernannt und darf die Hafenauffangrichtlinie federführend für das Parlament bearbeiten und später im Trilog verhandeln. Das Thema hat auch viel mit Gesundheit der Meere zu tun und liegt mir daher sehr am Herzen.

Herzliche Grüße, jetzt wieder aus Brüssel!

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Konstituierende Sitzung des PEST-Untersuchungsausschusses	Seite 3
Key Debate: Brexit	Seite 3
Teure Paketpreise behindern den grenzüberschreitenden Online-Handel	Seite 4
Grundqualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern	Seite 4
Zölle auf Importe in die USA für Stahl und Aluminium	Seite 4
Einrichtung eines europäischen Verteidigungs-Industrie-Programms	Seite 5

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Lenk- und Ruhezeiten von LKW-Fahrern (Schattenberichterstatterin)	Seite 5
HTA: Gesetz zur Bewertung von Gesundheitstechnologien (Schattenberichterstatterin)	Seite 5
Fahrgastrechte im Schienenverkehr	Seite 6
Der Brexit und die Auswirkungen auf die Schifffahrt in Europa	Seite 6
SEARICA-Meereskonferenz: Reaching Across Sea Spaces	Seite 6
Weltfrauentag	Seite 7
Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts	Seite 7
Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform	Seite 8

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Maritimes Forum Nordost in Rostock	Seite 9
------------------------------------	---------

IV. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Konstituierende Sitzung des PEST-Untersuchungsausschusses

Wie Sie sicherlich mitbekommen haben, wurde in letzter Zeit viel über den Unkrautvernichter Glyphosat diskutiert. Nachdem nun die Zulassung für Glyphosat durch die EU Kommission um weitere 5 Jahre verlängert wurde, kamen im Parlament Zweifel an der Unabhängigkeit der prüfenden Sachverständigen auf.

Am 12. März wurde deshalb ein Sonderausschuss zur Überprüfung der EU-Genehmigungsverfahren für Pestizide eingesetzt. Der Ausschuss beschäftigt sich nicht nur mit dem Unkrautvernichter Glyphosat, obwohl der Fokus ganz klar auf diesem Pestizid liegt. Den EU-Agenturen für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und Chemikalien (ECHA) wurden in Zusammenhang mit dessen Zulassung - aus meiner Sicht zu Unrecht - von einigen Abgeordneten Interessenskonflikte vorgeworfen. Es ist wichtig, Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu treffen. Für ebenso wichtig halte ich es jedoch, unseren zuständigen Agenturen, also der EMA (Europäische Arzneimittelagentur), EFSA und ECHA Vertrauen in gewissenhafte Arbeit entgegenzubringen. Wir können nicht jede wissenschaftliche Entscheidung, die dort getroffen wird, aus politischer Motivation in Frage stellen. Damit untergraben wir langfristig unsere eigenen Instrumente und schüren letztendlich Misstrauen bei den Bürgern/Bürgerinnen gegenüber der EU. Weder Kommission noch Parlament oder gar der Pestizid-Ausschuss können wissenschaftlich fundierte Empfehlungen über Zulassung bestimmter Stoffe, Substanzen oder Chemikalien treffen. Das muss Aufgabe der Agenturen bleiben – als Entscheidungshilfe für die Politik - und wir sollten die Arbeit der damit befassten Wissenschaftler respektieren und verteidigen, anstatt sie zu hinterfragen.

Abgesehen davon wiederhole ich gerne, wie wichtig effizienter Pflanzenschutz für Landwirte ist. Das wird in diesem Zusammenhang nämlich gerne mal außer Acht gelassen. Eine Alternative zum gezielten Pestizideinsatz ist vermehrtes Pflügen, was sich jedoch schädlich auf das Bodenleben auswirkt. Auch die Bahn benötigt Glyphosat zur Sicherung des Gleisbetts – der sogenannten Gleisbett-Vegetationspflege. Bislang bekannte Alternativen wären viel schädlicher für die Umwelt. Leider haben die europäischen Staatsbahnen dies nicht in die öffentliche Debatte eingebracht und erst sehr spät Positionspapiere dazu verschickt. Dabei ist bei Verzicht durch Verkrautung und Streuströme die Sicherheit des Bahnbetriebs gefährdet – das hat das zeitweise Verbot von Glyphosateinsatz in der Region Hannover deutlich gezeigt.

Wir sollten darauf vertrauen, dass unsere EU-Agenturen die Pestizide unabhängig und gut prüfen. Die Agenturen wurden von Kommission und Parlament genau dafür geschaffen. Wenn ein bestimmter Wirkstoff zugelassen werden soll, werden Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern am Sitz der jeweiligen Agentur - bei der EFSA ist das Parma/ Italien - zusammengerufen, um eine Empfehlung für die Politik auszuarbeiten. Wir sollten uns bei unserer Ausschussarbeit auf unsere eigentliche Aufgabe konzentrieren: gute und effiziente Gesetzgebung, die Forschung und Entwicklung stärkt und gleichzeitig uns allen hohe Standards bei Lebensmitteln gewährleistet. Sollten dafür am Jahresende Verbesserungsvorschläge als Ergebnis der Arbeit im Sonderausschuss vorliegen, wäre das ein positives Ergebnis.

Key Debate: Brexit

Wie wird in der Zukunft das Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich aussehen? In der vergangenen Straßburgwoche wurde der Brexit durch die abzustimmende Entschließung des Parlaments erneut in den Fokus gerückt. Am Dienstag diskutierten wir im Rahmen der sogenannten „Schlüsseldebatte“ mit dem Rat, der Kommission und dem Chefunterhändler für den Brexit Michel Barnier. Kernaussagen waren, dass der Schutz und die Rechte der Bürger/innen am wichtigsten sind und EU-Bürger/innen in dem Vereinigten Königreich genauso wenig benachteiligt werden dürfen wie britische Staatsbürger/innen bei uns. Zudem wurde, ganz besonders auch von unserem ALDE-Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt – Brexit-Chefverhandler des Parlaments - deutlich gemacht, dass es nun an der Zeit für konkrete Vorschläge und Handlungen der britischen Premierministerin Theresa May ist. Wir sollten seiner Meinung nach endlich Abstand von schönen Reden und dem Wiederholen der immer gleichen Phrasen nehmen und endlich Lösungen schaffen. Wichtig war allerdings allen Beteiligten, ausgenommen den Populisten, dass es zu keinem Rosinenpicken kommen darf. Es kann schlussendlich nicht das Resultat der Verhandlungen sein, dass Großbritannien als Drittstaat zwar Rechte wie Norwegen,

aber nur die Verpflichtungen wie Kanada besitzt, so Guy Verhofstadt. In der Debatte wurde zudem deutlich, wie wichtig es der EU ist, dass ein faires Abkommen geschlossen wird, welches dann auch Kooperationen in Bereichen wie dem Freihandel, der Sicherheit oder der Außenpolitik ermöglicht.

Gefordert wurde von den Abgeordneten nun, dass Theresa May klare Vorschläge und eine klare Strategie hervorbringt, da auch Barnier betonte, dass von EU Seiten her noch jegliche Zusammenarbeitsform mit einem Drittstaat möglich ist. Wir müssen uns wahrscheinlich damit abfinden, dass wir nicht zum Status-Quo zurückkehren werden, der Brexit Konsequenzen haben wird und nun klare und faire Verhältnisse für alle Bürger/innen und alle beteiligten Akteure geschaffen werden müssen.

Zu den Vorbereitungen gehört auch die Planung, in Großbritannien ansässige EU-Institutionen zu verlegen. So wurde im Umweltausschuss, der ja auch für Gesundheit zuständig ist, gerade die Verlegung der Europäischen Arzneimittelagentur EMA nach Amsterdam diskutiert, und dann wurde die Kommission beauftragt, ein neues Referenzlabor für die Newcastle-Krankheit zu finden. Zum Brexit gehören also diverse Einzelentscheidungen.

Teure Paketpreise behindern den grenzüberschreitenden Online-Handel

Pakete ins Ausland zu verschicken ist bis zu fünfmal teurer als wenn das Paket im Land bleibt. Das ist für Privatpersonen ärgerlich und ein echtes Problem für den Online-Handel, der heutzutage die meisten Pakete verschickt. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen können bei den Postdienstleistern keine Rabatte aushandeln. Die Kunden müssen die hohen Lieferkosten selber tragen und bestellen somit lieber bei inländischen Anbietern. Das behindert den grenzüberschreitenden Online-Handel und passt damit nicht zum europäischen Binnenmarkt.

Daher haben wir letzte Woche nach Abschluss der Trilog-Verhandlungen eine Verordnung über grenzüberschreitende Paketzustelldienste angenommen. Wir wollen die Preise für Pakete ins EU-Ausland nicht vorschreiben. Aber es ist gut, dass die neue Verordnung mehr Preistransparenz schafft und die nationalen Regulierungsbehörden in Zukunft besser gegen Monopole und Marktmissbrauch bei grenzüberschreitenden Paketdiensten vorgehen können. Die Verordnung soll mehr Transparenz in den europäischen Paketmarkt bringen, die nationalen Aufsichtsbehörden stärken und Paketpreise vergleichbarer machen.

Grundqualifikation und Weiterbildung von Berufskraftfahrern

Letzte Woche wurde in Straßburg eine Richtlinie über die Grundqualifikationen und die Weiterbildung von Berufskraftfahrern (vor allem von LKWs und Bussen) angenommen. Dadurch sollen nicht nur Standards aktualisiert, sondern auch die Sicherheit auf den europäischen Straßen verbessert werden. Viel zu viele Menschen sterben immer noch im Straßenverkehr. Die Aus- und Fortbildung der Fahrer soll daher verbessert werden. Praktisches Training bleibt wichtig, aber die Ausbildung muss sich in Zukunft an neue Technologien wie autonomes Fahren anpassen. Ein weiterer Punkt ist die gegenseitige Anerkennung von Grundqualifikationen und Weiterbildung zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Dies wurde auch in der Diskussion im Plenum noch einmal betont. Ich bin zufrieden, dass das Parlament bei der Gesetzgebung seinen Vorschlag durchsetzen konnte, auch umweltfreundlicheres Fahren zu fördern.

Zölle auf Importe in die USA für Stahl und Aluminium

Am Mittwoch diskutierte das Europäische Parlament die Entscheidung der USA, Zölle auf europäische Aluminium- und Stahlimporte zu verhängen. Die Tatsache, dass sowohl der finnische Vize-Präsident der Kommission, Jyrki Katainen, sowie auch die schwedische liberale Kommissarin Cecilia Malmström, zuständig für Handel, bei der Aussprache anwesend waren, zeigt, wie wichtig dieses Thema in den EU Institutionen genommen wird.

Bei der Debatte waren sich fast alle Abgeordneten über die Parteigrenzen hinweg einig, dass Strafzölle keinem Land auf Dauer weiterhelfen werden. Insbesondere die langjährige, historisch begründete Partnerschaft Europas mit den USA profitiert von einem offenen Handel. Meine liberalen Kollegen, aber auch andere Abgeordnete verdeutlichten in ihren Stellungnahmen, dass nicht nur europäische Industrien und Arbeitsplätze negativ von diesen Zöllen betroffen sein werden, sondern dass auch US-amerikanische Arbeitsplätze gefährdet werden. Wie die Mehrheit im Europäischen Parlament unterstütze auch ich deshalb das Vorgehen der Europäischen Kommission. Sie wird angemessen, im Rahmen der bestehenden internationalen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), auf die Entscheidung der USA

reagieren und auch das Schiedsgericht der WTO anrufen. Gleichzeitig gilt es jedoch einen Handelskrieg zu vermeiden, der langfristig allen Beteiligten schaden wird und der - wie Frau Malmström in der Debatte richtig anmerkte - leichter zu verlieren als zu gewinnen ist. In einer immer globaleren und vernetzteren Welt profitieren alle Beteiligten, wenn sie als Partner in einer offenen Weltwirtschaft interagieren.

Einrichtung eines europäischen Verteidigungs-Industrie-Programms

Beschlossen wurde im Plenum auch die Aufnahme der Trilogverhandlungen mit Kommission und Rat über die Einrichtung eines Entwicklungsprogramms für die Verteidigungsindustrie. Ziel dieses Programms ist es, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, aber auch die Unabhängigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie zu fördern. Es ist das erste Mal, dass die EU eine konkrete Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung vorschlägt, also ein Pilotprogramm. Durch das Programm sollen Projekte unterstützt werden, die von mindestens drei Unternehmen in mindestens drei Mitgliedstaaten getragen werden. Es ist eine Laufzeit von 2 Jahren vorgesehen (2019-2020) und eine Finanzierung von 500 Millionen €, wobei 10 % der Mittel für KMU-Projekte verwendet werden sollen. Wichtig ist dabei, Standardisierung und Kompatibilität der Technologien europaweit zu erreichen und darauf zu achten, dass das geistige Eigentum möglichst in Europa bleibt.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Lenk- und Ruhezeiten (Schattenberichterstatterin)

Am 21. Februar endete die Frist zur Einreichung von Änderungsanträgen für die Revision der Lenk- und Ruhezeiten für Kraftfahrer. Wie erwartet haben sich viele Abgeordnete beteiligt und nun liegen uns knapp 500 Änderungsvorschläge für die neue Verordnung vor. Der niederländische Berichterstatter Wim van de Camp muss daraus nun Kompromisse basteln, die für eine Mehrheit der Fraktionen akzeptabel sind. Damit werden wir uns die nächsten Wochen in den sogenannten „shadow meetings“ beschäftigen. Van de Camp hat bei unserem ersten Treffen letzte Woche in Straßburg angedeutet, dass er bei den wichtigsten Punkten nicht wesentlich von seiner bisherigen Linie abweichen möchte, z.B. verbringen der wöchentlichen Ruhezeit in der Fahrerkabine nur auf ausgestatteten Rastplätzen. Die Sozialdemokraten haben sich intern noch auf keine Positionen festgelegt. Vor Ostern werden noch zwei shadow meetings stattfinden, wo der Berichterstatter auch die ersten Kompromissvorschläge vorstellen wird.

HTA: Gesetz zur Bewertung von Gesundheitstechnologien (Schattenberichterstatterin)

Es ist offiziell, meine Fraktion hat mich am Mittwoch zur liberalen Berichterstatterin für dieses neue, sehr technische, aber auch wichtige Gesetz gemacht. Die Kommission hatte Ende Januar den Gesetzesvorschlag auf den Tisch gelegt. Es geht darum, dass Hersteller von Medikamenten und Medizinprodukten eine einmalige Nutzenbewertung für den Europäischen Markt durchführen sollen. Das dient dazu, zu bewerten, welches Medikament oder welche Therapie effizienter, schneller, verträglicher oder einfacher ist als vergleichbare. Bis jetzt müssen diese Nutzenbewertungen für Medikamente in jedem EU-Mitgliedsland einzeln durchgeführt werden. Die jeweiligen Anforderungen und Kriterien weichen voneinander ab und in einigen wenigen Mitgliedsländern gibt es gar keine Nutzenbewertung. Für Medizinprodukte gibt es die Nutzenbewertung in dieser Form noch nicht.

Das Ziel des Gesetzesvorschlags leuchtet zunächst auch ein. Aus Herstellersicht ist es natürlich eine enorme Vereinfachung, wenn man für ein Medikament neben der bereits zentralisierten Zulassung bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) auch nur eine anstatt mehrere Nutzenbewertung durchführen muss – wir haben schließlich einen EU-Binnenmarkt. Es spricht also einiges dafür.

Dennoch muss der Vorschlag auch kritisch geprüft werden. Die Mitgliedsstaaten leiten von den Ergebnissen der Nutzenbewertung ab, wie ein Medikament erstattet wird. Das ist natürlich an die jeweiligen Gesundheitsbudgets der Mitgliedsstaaten gebunden. Die Entscheidung darüber ist ausschließlich Sache der Mitgliedsstaaten, denn bei Finanzangelegenheiten hat in diesem Fall die EU keine Kompetenz. Hier muss also scharf getrennt werden. Außerdem darf eine Vereinheitlichung nicht

dazu führen, dass Standards in den Mitgliedsstaaten abgeschwächt werden. Patienten müssen ihre Therapien und Behandlungen weiterhin erstattet bekommen.

Ich habe für die Liberalen unlängst das Gesetz für Medizinprodukte mitverhandelt. Hier hat man sich bewusst gegen eine zentralisierte Zulassung entschieden. Wir müssen nun auch abwägen, in wieweit eine zentrale Nutzenbewertung sinnvoll ist und für welche Produktklassen.

In einem ersten Meinungsaustausch in dieser Woche werden wir sehen, wo die Schwerpunkte und Befindlichkeiten meiner Kollegen liegen und welche Einschätzung sie teilen. Ich freue mich sehr darauf, an diesem wichtigen Gesetz zu arbeiten.

Fahrgastrechte im Schienenverkehr

Ob bei Reisen oder dem täglichen Pendeln zur Arbeit, die Bahn sollte bei der Wahl des Transportmittels für alle eine gute Alternative sein. Eindeutige und umfassende Fahrgastrechte gehören dazu. Momentan beschäftigen wir uns im Parlament mit einer Überarbeitung der bestehenden Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr. Die Verordnung regelt zum Beispiel Entschädigungszahlungen bei Verspätung, Hilfe für Personen mit Behinderung oder eingeschränkter Mobilität und Beschwerdeinstrumente. Ziel der Überarbeitung ist es, das Interesse der Fahrgäste stärker zu schützen, wobei man aber auch die Eisenbahnunternehmen nicht für alles in die Verantwortung nehmen kann. Viele Bahnhöfe haben z.B. kein Personal, das bei großer Verspätung warme Getränke reichen könnte wie am Flughafen.

Besonders problematisch sind die Passagierrechte bei Fahrten mit unterschiedlichen Bahnunternehmen. Vor allem bei grenzüberschreitenden Reisen kann man häufig kein durchgängiges Ticket kaufen. Man bucht mit der Deutschen Bahn bis nach Köln und muss ein zweites Ticket für die Weiterreise mit dem Thalys nach Paris kaufen. Verpasst man den Thalys in Köln, weil die deutsche Bahn Verspätung hat, hat man keinen Anspruch auf Entschädigung und kann froh sein, wenn man auf den nächsten Thalys aufspringen darf. Die Passagierrechte werden hier ausgehebelt, denn sie gelten bisher nur für das einzelne Ticket und nicht die ganze Reise. Das muss sich ändern. Der Bankkunde darf nicht dafür büßen, dass die europäischen Bahnen es nicht schaffen, gemeinsame Tickets zu verkaufen – ein Ziel, das wir als Abgeordnete im Interesse der Passagiere gegen den Widerstand der Staatsbahnen hartnäckig verfolgen.

Der Brexit und die Auswirkungen auf die Schifffahrt in Europa

Die Brexit-Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien sind in die zweite Phase eingetreten: die Klärung der zukünftigen Beziehungen. Auch im Verkehrsausschuss setzen wir uns mit den sektorspezifischen Auswirkungen des Brexits auseinander. Nachdem im vergangenen Jahr bereits Anhörungen zu Luftfahrt und Landverkehr stattgefunden haben, lag der Fokus am 20. Februar auf der Schifffahrt. Vertreter von Reedereien und Häfen wurden von uns Abgeordneten zu ihrer Einschätzung der zukünftigen Situation befragt.

Aufgrund seiner Insellage ist die Schifffahrt für Großbritannien von besonderer Bedeutung. Entscheidend werden die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen EU und Großbritannien sowie neue Handelsbeziehungen der Briten mit Drittstaaten sein. Je nachdem wie diese ausfallen, wird sich auch der tatsächliche Warenverkehr verändern.

Probleme werden wahrscheinlich durch längere Zollkontrollen entstehen, wenn Großbritannien ein Drittstaat wird. Die Häfen von Calais und Dover haben uns erklärt, dass heute jede zweiminütige Verzögerung bei der Abfertigung von LKWs einen Rückstau von 27 km zur Folge hat. Die Kanalhäfen wünschen sich deshalb Abkommen, auch um langwierige Hygiene-Kontrollen beim Transport von Lebensmitteln zu vermeiden. Die Häfen bemühen sich heute schon um zusätzliche Flächen, wo die neuen Formalitäten für LKWs und Waren vor und nach der Verschiffung abgewickelt werden können. Ich war allerdings erstaunt, dass der Verband der britischen Häfen glaubt, dass sich die zusätzliche Belastung in Grenzen halten und man die Situation durch gute Vorbereitung meistern werde. Ich persönlich bin davon nicht überzeugt.

SEARICA-Meereskonferenz: Reaching Across Sea Spaces

Als Vorsitzende der parlamentarische, fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (SEARICA)“, welche sich mit den europäischen Meeren, Flüssen, Inseln und

Küstenregionen beschäftigt, veranstaltete ich vergangene Woche erneut eine Konferenz. Dieses Mal ging es um die Umsetzung der Richtlinie zur Maritimen Raumordnung, die ich 2014 als Berichterstatterin mit auf den Weg gebracht habe. Durch diese EU-Richtlinie sollen Konflikte zwischen den Akteuren bei der Nutzung des Wirtschaftsraums Meer reduziert, Investitionen angeregt und länderübergreifende Kooperationen forciert werden, und das kombiniert mit dem Schutz der Umwelt. In der Veranstaltung „Reaching Across Sea Spaces“ wurde das „Bonus Baltspace Project“ vorgestellt, welches das Ziel hatte, Wege zur optimalen Umsetzung der Richtlinie in der Ostsee zu erforschen und bestehende Hindernisse herauszufinden. Für diese Ergebnisse haben die Wissenschaftler/innen des „Bonus Baltspace Project“ die letzten drei Jahre Befragungen durchgeführt. Sie fanden dabei unter anderem heraus, dass eine grenzübergreifende Kooperation von allen Beteiligten als sinnvoll angesehen wird und eine noch bestehende Herausforderung die begrenzten Ressourcen der zuständigen Behörden darstellen. Die beteiligten Akteure müssen ihre Kapazitäten daher für eine erfolgreiche Umsetzung der Richtlinie weiter ausbauen. Solche Evaluierungen durch Wissenschaftler/innen sind für mich sehr wichtig, da die Gesetzgebung nicht mit der Verabschiedung endet, sondern die Umsetzung schlussendlich über den Erfolg entscheidet und wir das darum auch verfolgen sollten.

Weltfrauentag

Der 8. März bot Anlass dazu, über die Frauen dieser Welt nachzudenken und sich aktiv für ihre Rechte einzusetzen. Frauen werden weltweit immer noch Opfer von Ausbeutung, sexueller Belästigung und einer ungleichen wirtschaftlichen Stellung. Ich persönlich setze mich seit langem für eine Frauenquote ein, welche - zumindest für eine Übergangszeit, bis ein vollständiger gesellschaftlicher Wandel vollzogen ist - zu einer stärkeren Repräsentanz von Frauen in der Wirtschaft beitragen kann. In den Tagen rund um den Weltfrauentag fanden in Brüssel verschiedenste Veranstaltungen der Fraktionen statt. Die ALDE organisierte beispielsweise in der letzten Woche eine Veranstaltung in Brüssel zur Frage, wie sich Frauen in Führungspositionen behaupten können und mit welchen Schwierigkeiten sie dabei zu kämpfen haben. Außerdem posierten ALDE-Abgeordnete – Männer wie Frauen – in T-Shirts mit der Aufschrift „This is what a feminist looks like!“ für Fotos und wiesen mit dieser Aktion gerade auch in den „social media“ auf die Rechte von Frauen hin.

Wir müssen alle kontinuierlich und gemeinsam daran arbeiten, für Mädchen und Frauen die gleichen Chancen wie für Jungen und Männer zu schaffen. Dafür setzte ich mich aktiv ein, aktuell auch als stellvertretende Bundesvorsitzende der liberalen Frauen. Unter dem Motto „Press for Progress“ wurde dazu aufgerufen, den Fortschritt voranzutreiben und sich mit dem Erreichten noch nicht zufriedenzugeben. Auch in Deutschland gibt es da noch viel zu tun: wenn es um die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen und gleichen Lohn für gleich Arbeit geht, sind wir beispielsweise fast Schlusslicht in Europa. Der deutsche Equal-Pay-Day fand am 18.3. statt, unsere Nachbarstaaten sind damit schon lange durch.

Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts: Vorhaben von gemeinsamem Interesse

Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit, aber auch Wettbewerb, Energieeffizienz und Klimaschutz sind die Ziele der europäischen Energiepolitik, mit der wir uns im Industrieausschuss beschäftigen. Die sogenannten Vorhaben von gemeinsamem Interesse gehören zu den Instrumenten, mit denen wir diese Ziele erreichen können.

Es handelt sich hier um eine Liste grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte, die von der Kommission alle zwei Jahr verfasst wird. Diese Projekte sollen dazu dienen, die Energienetzinfrastruktur von jeweils mindestens zwei Mitgliedstaaten zu verbinden und dadurch die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts voranzubringen. Projekte, die es auf diese Liste schaffen, profitieren u.a. von einem beschleunigten Genehmigungsverfahren, einer schnelleren Umweltverträglichkeitsprüfung und einer Aufteilung der Investitionskosten unter den beteiligten Mitgliedstaaten. Außerdem besteht die Möglichkeit, über die ‚Connecting European Facility‘ (CEF), einen Fond zur Förderung von transeuropäischer Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie, finanzielle Unterstützung zu erhalten (bis zu €5.35 Billionen).

Die Liste von 2017 umfasst 173 Vorhaben, davon 110 in den Bereichen Stromversorgung und intelligente Netze, die die Integration von erneuerbarer Energien und deren Transport über große Entfernungen ermöglichen soll. Außerdem stehen Gas- und Ölversorgungsprojekte, aber auch zum ersten Mal vier Kohlendioxidnetze-Projekte auf der Liste.

Trotz eines Einspruches der Grünen und Linken im Parlament, die die weitere Finanzierung fossiler Energieprojekte kritisieren, wurde die neue 2017 Liste genehmigt. Somit kann der europäische

Energiebinnenmarkt weiter ausgebaut werden. Bis wir ihn komplett erreicht haben, gibt es aber noch viel zu tun.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- **Im Trilog:**
Tierarzneimittel, Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RED II), Energieeffizienz, Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation
- **Demnächst im Trilog:**
Sitz der EMA, Monitoring CO2 und LKW, ACER, Governance der Energieunion, Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich
- **Im Ausschuss:**
HTA, CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Wasserqualitäts-Richtlinie, Plastikstrategie, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, Bahnpassagierrechte, Manipulierte Tachostände

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Maritimes Forum Nordost in Rostock

Insgesamt 6 Stunden Autofahrt (Zug wäre erheblich länger und komplizierter gewesen) für 3 Stunden Konferenz - ganz schön viel, aber es hat sich für mich definitiv gelohnt. "Wirtschaftsraum Meer - Nachhaltigkeit und die Chance für innovative Verbundprojekte" war das Thema des maritimen Forum Nordost in Rostock. Für mich sind solche Tagungen immer willkommene Gelegenheit, mich auf den neusten Stand zum jeweiligen Themenfeld zu bringen und gleichzeitig weiter mit den Experten aus meinem großen "Wahlkreis" zu vernetzen und auszutauschen. Gleichzeitig kann ich mir dabei ein Bild darüber machen, wie europäische Gesetzgebung vor Ort wirkt und ob die Umsetzung so erfolgt wie geplant.

Das Thema dieser Konferenz passte nicht nur sehr gut zu den Aktivitäten meiner Meeresgruppe SEARICA und zu den Vorbereitungen auf die Plastikausstellung, sondern auch zu europäischen Gesetzgebungen wie der Fischereireform und der Richtlinie zur Maritimen Raumordnung, an denen ich als Abgeordnete mitgearbeitet habe. Im Einzelnen ging es um Meeresmüll in der Ostsee (und auch weltweit), nachhaltige Meeresfischerei und die Rolle der Technik zur Reduzierung der Umweltauswirkungen, Beifang in der Fischerei und maritime Forschungsförderung auf nationaler und europäischer Ebene. Die Referenten kamen vom Leibniz-Institut für Ostseeforschung (IOW) in Warnemünde, das Thünen-Institut für Ostseefischerei und die nationale Kontaktstelle "Schifffahrt und Meerestechnik" waren mit dem Direktor /Leiter vertreten.

Einige Erkenntnisse: für alle Nicht-Vegetarier empfiehlt sich Fisch mit deutlichem Abstand als nachhaltigstes Nahrungsmittel vor Geflügel, Schwein und Rind. Elektrofischen - in der Ostsee verboten - muss noch weiter erforscht und sollte daher in geringem Maß weiter erlaubt werden, kann aber in bestimmten Fällen auch in Hinsicht auf Schutz der Biodiversität Vorteile gegenüber herkömmlicher Fischereitechnik haben. Deutschland ist hinsichtlich Wirtschaftlichkeit der Fischerei - bezogen auf Einsatz und Ertrag - schlechter als andere Staaten wie beispielsweise Frankreich. Die Bedeutung von Meeresforschung für unsere Zukunftsgestaltung wird zunehmend erkannt und findet Entsprechung bei der Finanzierung von Projekten, national und europäisch. Und die Verschmutzung durch Plastikpartikel auch in der Ostsee ist - wenngleich erheblich geringer als in asiatischen Gewässern - deutlich höher als man aufgrund der "Fundstücke" am Strand vermuten würde.

Fazit: sofern es zeitlich passt, werde ich beim nächsten Event des Maritimen Clusters wieder dabei sein!

IV. Terminvorschau

19.-22.3.	Brüssel	Ausschüsse, Besuch Bürgerschaftsfraktion Hamburg
20.3.	Brüssel	Konferenz „Gesunde Nahrung aus dem Meer“, Jury Jugendkarlspreis
21.3.	Brüssel	IHK Nord „Nordic Talking“
22.3.	Neuss	Werksbesichtigung 3M
9.-19.4.	Brüssel	PlastikLab – Ausstellung der G7 vor dem Europaparlament
9.-12.4.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
9.4.	Brüssel	Highlevel-Roundtable „Mission Plastic free Ocean“
10.4.	Brüssel	Eröffnungskonzerenz PlastikLab mit Kommissar Moedas und James Honeyborne (Produzent „Blue Planet II“)
11.4.	Brüssel	SEARICA-Meereskonferenz „Plastik auf Inseln“
13.4.	Lauenau	Besuch des EDEKA-Zentrallagers
14.-15.4.	Hannover	FDP-Landesparteitag
16.-19.4.	Straßburg	Fraktion, Plenum
20.4.	Hannover	Energiepolitisches Gespräch
23.4.	Wien	ELF-Forum „Mobility and Infrastructure“
23.-25.4.	Brüssel	Ausschüsse
25.-27.4.	Ljubljana	Ten-T-Days

Absprachen für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.
Kontakt: info@gesine-meissner.de; Tel.: 05103-706637

19. März 2018